



Klimaschutz geht uns alle an



Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 verfolgen wir einen Ansatz, mit einem breiten Maßnahmenbündel aus Innovationen, Förderung, gesetzlichen Standards und Anforderungen sowie mit einer Besteuerung von Treibhausgasen die vorgegebenen Klimaschutzziele zu erreichen.

Deswegen soll mit dem Gesamtpaket sichergestellt werden, dass das Klimaziel für 2030 eingehalten wird. Bis dahin soll der Treibhausgasausstoß auf 55 Prozent des Werts von 1990 sinken. Das bedeutet eine Verringerung der Emissionen von derzeit 866 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr auf 563 Millionen Tonnen. Alle Maßnahmen zusammen kosten den Schätzungen zufolge mehr als 50 Milliarden Euro. Zur Finanzierung will der Staat allerdings keine neuen Schulden aufnehmen. Die Wirtschaft hat so die Chance, gute innovative Produkte zu entwickeln, mit denen sie international wettbewerbsfähig wird. Der schwierigste Brocken in den Verhandlungen war der Streit um die CO₂-Bepreisung. Während die Unionsfraktion von Anfang an auf einen nationalen Emissionshandel im Bereich Wärme und Verkehr drang, wollte die SPD eine CO₂-Steuer einführen. Am Ende konnte sich die Union mit guten Argumenten durchsetzen.

Der Handel mit CO₂-Zertifikaten soll einen Schub an Innovationen bringen. Der Festpreis für eine Tonne CO₂ soll im Jahr 2021 bei zehn Euro liegen und sich dann bis 2025 auf 35 Euro pro Tonne CO₂ steigern. In den Jahren danach soll der Preis vom Markt bestimmt werden, wobei die Zahl der verfügbaren Zertifikate immer weiter verringert wird. Je höher der Preis klettert, desto unattraktiver wird es, diese Zertifikate zu kaufen – umso eher werden sich die Marktteilnehmer nach CO₂-freien Lösungen umsehen: bei der Produktionsweise, beim Autokauf oder bei der Anschaffung einer Heizung.

Mit der Senkung des Strompreises soll gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass es für die Bürger unter dem Strich nicht teurer wird. Auch die Pendlerpauschale soll ab 2021 um fünf Cent auf 35 Cent ab dem 21. Kilometer erhöht werden. Die Anschaffung einer modernen energiesparenden Heizung soll mit 40 Prozent der Kosten gefördert werden. Ab 2026 soll der Einbau von Ölheizungen komplett verboten werden. Auch beim Kauf von Elektroautos soll es Zuschüsse geben. Von den Anreizen für klimafreundliches Verhalten lag der Unionsfraktion die steuerliche Förderung der Gebäude-Dämmung besonders am Herzen, da der Gebäudesektor für 14 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist.

Auch im Verkehrsbereich sind eine Reihe von Maßnahmen geplant. So sollen Tickets im Fernverkehr der Bahn billiger werden, indem die Mehrwertsteuer gesenkt wird. Finanziert werden soll dies durch eine Anhebung der Luftverkehrsabgabe, durch die Dumping-Preise für Flugtickets verhindert werden. Elektroautos werden weiter gefördert und die Ladeinfrastruktur für sie wird ausgebaut. Der Öffentliche Personennahverkehr soll attraktiver werden; auch Radwege werden weiter ausgebaut.

Foto: CDU/CSU

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



diese Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der Klimapolitik: Das umfassende Paket, das am vergangenen Freitag vom Klimakabinett beschlossen wurde, trägt eindeutig die Handschrift der Union und berührt in vielen Punkten die Verkehrspolitik. Es geht darum, die Menschen mitzunehmen – durch marktwirtschaftliche Anreize und Innovationen und nicht durch Verbote! Dabei gilt es, den Bahnbereich, den ÖPNV und die Radverkehre weiter zu stärken. Neben einem bezahlbaren und zukunftsfähigen Schienenverkehr ist aber auch die Förderung alternativer Antriebe ein zentraler Schritt: So soll die Ladeinfrastruktur für E-Autos in ganz Deutschland ausgebaut werden. Hierfür werde ich mich weiter vehement einsetzen – und das ab nächster Woche als Sprecher der AG Verkehr. In dieser Funktion vertrete ich übergangsweise Daniela Ludwig MdB, die ab kommender Woche ihre Arbeit als Drogenbeauftragte der Bundesregierung aufnehmen wird. Auf diese spannende neue Aufgabe freue ich mich sehr!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Austausch der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion, Andreas Jung MdB, zum Klimapaket
- Meinungsaustausch der NRW-Landesgruppe mit FDP-Bundestagsabgeordneten aus NRW
- Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern aus dem Kreis Warendorf, darunter die CDU-Kreistagsfraktion und die Senioren Union Ahlen
- Anhörung des Verkehrsausschusses zur Reform der StVO
- Treffen mit Mona Kolbow aus Ahlen, Gründerin des Schulprojekts „Kochen mit Entscheidern“
- Austausch mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, darunter Vertreter aus dem Kreis WAF

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Deutschland steigert Hilfen für internationalen Waldschutz

Wirksamer Beitrag zum Klimaschutz – Entwicklungsländer unterstützen



Bundeskanzlerin Angela Merkel hat der Weltbank in New York am vergangenen Montag 200 Millionen Euro zum Start eines neuen Waldförderfonds zugesagt. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Gröhe, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Volkmar Klein:

Hermann Gröhe: „Mit dem Beitrag von 200 Millionen Euro für einen neuen Fonds der Weltbank zum Schutz und zur Aufforstung der Wälder in Entwicklungsländern (PROGREEN) setzt Deutschland ein wichtiges Zeichen. Mit dem Beitrag trägt Deutschland auch zur Umsetzung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens bei, das finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer als wichtigen Baustein erachtet.“

Volkmar Klein: „Waldschutz und Wiederaufforstung sind entscheidende Maßnahmen gegen den Klimawandel. Deshalb hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits in ihrer Internationalen Wald-Initiative vom 4. September für ein größeres weltweites Engagement Deutschlands zum Schutz der Wälder ausgesprochen. Im internationalen Klimaschutz angelegtes Geld ist gut angelegtes Geld. Mit jedem Euro für den Klimaschutz im Ausland erreichen wir deutlich mehr CO₂-Verringerung, als mit der gleichen Summe in Deutschland erzielt werden kann.“

Fotos: Jan Kopetzky

Nordrhein-Westfalen profitiert vom Strukturstärkungsgesetz

Am 28. August 2019 wurde der Gesetzentwurf für ein Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen durch das Bundeskabinett beschlossen und liegt nun dem Deutschen Bundestag zur Beratung vor.

Dieses Mantelgesetz besteht zum Großteil aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen, welches Finanzhilfen zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in den Braunkohlerevieren nach Artikel 104b des Grundgesetzes vorsieht. Zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums unterstützt der Bund die Länder Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in den Fördergebieten. Hierzu gewährt der Bund diesen Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und der Gemeinden von bis zu 14 Milliarden Euro bis 2038.

Das Rheinische Revier und damit das Land Nordrhein-Westfalen erhalten davon 37 Prozent, somit ca. 5,18 Milliarden Euro. Das Rheinische Revier aus den Gemeinden und Gemeindeverbänden Rhein-Kreis Neuss, Kreis Düren, Rhein-Erft-Kreis, Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Euskirchen und der Stadt Mönchengladbach.

Förderbereiche sind die wirtschaftsnahe Infrastruktur (ohne öffentliche Verkehrswege); Verkehr; öffentliche Fürsorge zur Verbesserung sozialer Standortbedingungen, insbesondere Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder- und Jugendliche, Investitionen in die Gesundheitseinrichtungen sowie altersgerechter Umbau und Barriereabbau; Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur; Klima- und Umweltschutz einschließlich Investitionen zur energetischen Sanierung von Infrastrukturen; Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere Maßnahmen zur Renaturierung und Umgestaltung ehemaliger Tagebauflächen sowie zur Aufforstung.

Ebenso werden von Seiten des Bundes Strukturhilfen für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken und das ehemalige Braunkohlerevier Helmstedt in Höhe von bis zu 1,09 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Förderfähige Gemeinden und Gemeindeverbände sind in Nordrhein-Westfalen der Kreis Unna, die Stadt Hamm, die Stadt Herne, die Stadt Duisburg und die Stadt Gelsenkirchen.

26 Milliarden Euro stellt der Bund darüber hinaus für weitere Maßnahmen in den Revieren zur Verfügung. Unter anderem für den Schienenausbau, für die Wissenschaft und Forschung, und für Maßnahmen zur Energiewende und des Klimaschutzes.

Impressum:

Ausgabe Nr. 14/2019,
26. September 2019

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck